

SPD-Planspielfraktion Drucksache 18/101

18. Wahlperiode

Antrag der Planspiel-Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Bundestag wolle beschließen:

Arbeitsmarkt: Diskriminierung abbauen + Gleichberechtigung schaffen

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Noch immer gibt es wenig Voranschreiten im Thema Lohngerechtigkeit. Von 2007-2014 betrug der Lohnunterschied noch immer 22-23% zwischen Männern und Frauen, in den Neuen Bundesländern ist dieser Wert sogar von 6% auf 9% gestiegen. Ein Fortschritt ist das mittlerweile eingefügte AGG, dennoch ist dieses noch verbesserungswürdig. Die von der SPD Bundestagsfraktion geforderten Weiterentwicklungen vom 25.02.2010 sind in den Punkten 3b + c und 6. noch immer nicht durchgesetzt worden. Außerdem gibt es noch immer nicht genug Anti-Diskriminierungsstellen in Betrieben und in der Öffentlichkeit. Die Equal-Pay Gap findet sich in allen Branchen und Lohnsektoren, in welchen traditionellerweise mehr Frauen arbeiten.

Gründe für die Gender Pay Gap sind unter anderem das traditionelle Frauenbild, das noch immer in Unternehmen vorherrscht. Männer, die in Frauenberufe integriert werden sollen, bekommen finanzielle Anreize geschaffen, die gegenüber weiblichen Kolleginnen diskriminierend sind. Frauen in Berufen, in denen traditionellerweise viele Männer arbeiten bekommen hingegen keine finanziellen Anreize. Außerdem werden traditionelle Frauenberufe in der Regel bereits schlecht bezahlt.

29 Bildung und Berufserfahrung spielen ebenfalls als Gründe in die Lohnungerechtigkeit mit
30 ein. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit- oder Minijobs. Berufe und Branchen sind maßgeb-
31 lich für die Gender Pay Gap verantwortlich. Es ist erwiesen, dass entscheidend weniger
32 Frauen in Führungspositionen arbeiten.

33 Der Verdienstunterschied stagniert seit 2002 unverändert signifikant, trotz des allgemei-
34 nen stetig steigenden Wirtschaftswachstums. Momentane Maßnahmen der SPD gegen
35 Diskriminierung sind nicht in ausreichendem Umfang zum Tragen gekommen. Des Wei-
36 teren ist es zu schwierig Ungerechtigkeit in Unternehmen festzustellen, da keine Aus-
37 kunftspflicht der Unternehmen über Gehälter zustande gekommen ist. Teilweise müs-
38 sen sogar Verschwiegenheitsklauseln unterzeichnet werden. Zwar gibt es in größeren
39 Firmen die Möglichkeit sich an Betriebsräte, die Personalvertretung oder Gewerkschaf-
40 ten zu wenden, allerdings ist diese Möglichkeit in vielen kleineren Betrieben nicht gege-
41 ben.

42 Fristen zur Geltendmachung einer Diskriminierung sind zu kurz. Die Arbeit nehmenden
43 haben nicht genug Zeit, um über Konsequenzen eben dieser nachzudenken. Zu oft
44 schrecken potenzielle Kläger zurück, da eine Klage viel Aufwand und erhebliche Kosten
45 verursachen würde und bei Scheitern könnte Jobverlust oder Mobbing drohen. Es gibt
46 aber auch nicht die Möglichkeit, dass Verbände stattdessen für diese Menschen klagen
47 können. Sanktionen gegen einen diskriminierenden Arbeitgeber wirken oft gar nicht o-
48 der zu schwach.

49 Mit Lohngerechtigkeit gibt es auch weniger traditionelle Rollenverteilungen. Diese Lohn-
50 gerechtigkeit schafft Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, denn Lohnunterschiede
51 sollten kein Grund sein, als Elternteil zuhause zu bleiben. Lohngerechtigkeit und Verein-
52 barkeit von Beruf und Familie gehen Hand in Hand miteinander, daher sollten Rollenbil-
53 der und unterschiedliche Bezahlung von Mann und Frau der Vergangenheit angehören.
54 Viele junge Familien entscheiden sich vermehrt gegen ein Kind, da sie die Vereinbarkeit
55 von Familie und Beruf als eine schier unlösbare Aufgabe empfinden. Kinderkrippen, -

Gärten, sowie Ganztagschulen sollen die Eltern in der Betreuung der Kinder unterstützen und entlasten. Leider sind die entsprechenden Plätze in viel zu geringer Zahl vorhanden. Verschärft wird diese Problematik durch eine Diskrepanz zwischen Arbeitsaufwand, -umfang, -zeit und -entlohnung, was dazu führt, dass weniger Bundesbürger gewillt sind diese Aufgabe auszuführen.

Nicht nur Beruf und Familie sind schwer zu vereinbaren, auch eine Ausbildung bzw. ein Studium scheint eine eigene Familie auszuschließen.

2. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- 1) Wir fordern gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit (Artikel 157 (ex-Artikel 141 EGV) EU-Arbeit). Es darf keine Diskriminierung geben, einschließlich der in Artikel 3 (3) des Grundgesetzes genannten Aspekte.
- 2) Unternehmen müssen anonymisiert ihre Gehälter einer staatlich geförderten nicht betrieblichen Behörde offenlegen, welche
 - A) diskriminierende Lohnungleichheiten feststellen sollen. Dazu sollen unter anderem Geschlecht, Qualifikation, Gehalt, Unternehmen und Dauer des Arbeitsverhältnisses verglichen werden.
 - B) verpflichtet ist Klage unverzüglich einzureichen, wenn Diskriminierung festgestellt wird. Die Unternehmen werden nach dieser Feststellung informiert. Danach gilt eine Frist von 30 Zeittagen, um die Lohnungleichheiten zu beseitigen.
- 3) Wir fordern stärkere Sanktionen gegenüber Unternehmen, wenn eine diskriminierende Lohnungleichheit festgestellt wird.
 - A) Wir fordern, dass Antidiskriminierungsverbände rechtliche Beratung durchführen und Klage einreichen können.
- 4) Wir fordern ein allgemeines Verbot der Verschwiegenheitsklausel innerhalb eines Unternehmens zum eigenen Gehalt.

- 84 5) Wir fordern, dass die Frist zur Geltungsmachung einer Diskriminierung von zwei
85 auf sechs Monate verlängert wird.
- 86 6) Wir fordern ein Babypaket nach finnischem Vorbild, das jedem zur Verfügung
87 steht und freiwillig in Anspruch genommen werden darf.
- 88 A) Unter Bedingung der Vermittlung der Daten an eine zentrale Meldestelle, wel-
89 che innerhalb von vier Monaten durch einen Facharzt konsultiert werden
90 muss.
- 91 B) Die Inhalte des Babypaketes sollten primär regional bezogen werden und so-
92 fern dies nicht möglich ist müssen die übrigen Inhalte nach geltender europäi-
93 scher und deutscher Rechtsprechung ausgeschrieben werden.
- 94 7) Wir fordern eine sozial gestaffelte finanzielle Unterstützung während der Eltern-
95 zeit, wenn beide Eltern diese in Anspruch nehmen.
- 96 8) Wir fordern, dass das Bundesprogramm zur Förderung von Betriebskindergarten-
97 stätten über 2017 hinaus bestehen bleibt. Ab einer Betriebsgröße von 500 Mitar-
98 beiter*innen eine Verpflichtung der Betriebsführung auf ein Angebot der Kindesbetreu-
99 ung. Bei Nichteinhaltung wird das Unternehmen sanktioniert.
- 100 9) Wir fordern, dass sich der Bund gegenüber den Ländern für Ganztagschulen flä-
101 chendeckend einsetzt.

102
103
104 **Sascha Kodytek und SPD-Planspielfraktion**

105 **Berlin, den 18. Oktober 2016**

106
107 9) Konkretisierung der gleichen Arbeit